

DIE GRÜNEN STEHEN ZU IHREN FORDERUNGEN: KLIMARETTUNG JETZT



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: OV Wolfratshausen * Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 (Geeinter Antrag aus den ehemaligen Anträgen WKF-01 – Wolfratshausen und WKF-03 – Koch
2 u.a.)
- 3 Dürresommer, Hitzewellen und Unwetter zeigen uns: Der Klimawandel ist bereits in vollem
4 Gange. 40 Jahre war die Entwicklung bekannt und absehbar, ohne dass die Politik – weltweit
5 wie auch in Deutschland – entschieden gehandelt hätte.
- 6 Laut Sonderbericht des UN-Klimarates IPCC bleiben der Menschheit nur noch 11 Jahre Zeit,
7 also bis 2030, um unsere Gesellschaft und die ganze Welt vor den verheerenden Auswirkungen
8 einer Erdüberhitzung um mehr als 1,5 °C zu schützen. Zudem erleben wir das größte
9 Artensterben seit der Dinosaurierzeit. All dies hängt zusammen mit der Art, wie wir
10 wirtschaften. Die auf Wachstum basierende Weltwirtschaft führt dazu, dass wir 2018 schon am
11 1. August den ‚Weltüberlastungstag‘ erreicht haben. In Deutschland ist der CO₂-Fußabdruck
12 ca. fünfmal so hoch wie der für unsere Erde verträgliche Fußabdruck aller Menschen. Wir
13 müssen Schluss machen mit der Lebenslüge, ähnlich weiterleben zu können wie bisher UND
14 gleichzeitig die Klimaänderung im erträglichen Rahmen halten. Grünes Wachstum mag dabei in
15 Teilaspekten eine Teillösung sein, die bereits spürbare Klimakatastrophe wird es allein
16 nicht abwenden. Wir müssen unseren Verbrauch in allen Bereichen verringern und unser
17 Wohlbefinden nicht mehr vom materiellen Wachstum abhängig machen. Diese Radikalität ist
18 alternativlos!
- 19 Wir sind die erste Generation, welche die Folgen der Klimakrise zu spüren bekommt. Und die
20 letzte, die noch etwas ändern kann. Wir brauchen eine Responsibility to Prepare, analog zur
21 Responsibility to Protect, also eine Verantwortung der internationalen Gemeinschaft für die
22 Bewahrung der Zukunft im Rahmen der Vereinten Nationen und innerhalb der EU-Strukturen.
23 Dazu
24 brauchen wir die Festschreibung des Klimaschutzes im Grundgesetz als höchste staatliche
25 Aufgabe.
- 26 Millionen überwiegend Jugendliche weltweit eint die Sorge um ihre Zukunft. Vor zehn oder
27 zwanzig Jahren wären die nötigen Gegenmaßnahmen aus den Staatshaushalten „locker“
28 bezahlbar
29 gewesen, heute wird es teuer, ist aber noch leistbar. In wenigen Jahren wäre es selbst bei
30 größten Opfern nicht mehr finanzierbar. Darüber hinaus wird es weitere Konflikte geben, wenn
31 jetzt nicht gehandelt wird. Wasser wird knapp, bereits jetzt beginnen in Norddeutschland
32 Konflikte zwischen Konsumenten und Landwirtschaft. Und in Indien werden in Kürze Millionen
33 Menschen ohne Trinkwasser sein. Bis 2040 könnte es bereits 200 Millionen Klimaflüchtlinge
34 geben. [1]

Verstärkte Energieeinsparungen und der Umbau der Energieerzeugung, der Landwirtschaft, der Industrie und des Verkehrs ist notwendig, der Wirtschaft insgesamt, und zwar alles gleichzeitig. Die FfF-Bewegung und die darin engagierten Jugendlichen haben das der breiten Öffentlichkeit vermittelt. Die Wahlergebnisse der Grünen kommen daher, dass die Wähler*innen

hierzu von uns Lösungen erwarten, aber Lösungen in großen Schritten, nicht ein Kurieren in Details. Die anderen Parteien, allen voran die GroKo mit ihrem Klimaschutzpaket, haben in der Klimafrage geschlossen versagt. Wenn wir jetzt einen Regierungsauftrag bekommen, dann müssen wir auch liefern. Das will vorbereitet sein, die Eckdaten müssen vorher stehen, sie können nicht erst unter dem Druck einer Koalition in der Regierung zustande kommen.

Unter Berufung auf Artikel 20a des Grundgesetzes:

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die zukünftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

erklären wir deshalb den Klimanotstand und damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität.

Zuvorderst fordern wir die umfassende Information der Bevölkerung über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen die Erdüberhitzung ergriffen werden müssen und aktives Werben auf allen Ebenen für die Einhaltung des 1,5°-Ziels.

Ziel für Klimaneutralität Deutschland

Deutschland muss bis 2035 die „Nettonull“ erreichen, d.h. Energieerzeugung, Verkehr und Wohnen müssen treibhausgasfrei werden, die Landwirtschaft und die Industrie dürfen nicht mehr CO₂-Äquivalente (CO₂, Methan, Stickoxide, ...) emittieren, als durch Aufforstung und andere Maßnahmen gebunden werden. Das erfordert u.a. eine grundlegende Transformation der globalen Wirtschafts- und Finanzsysteme.

EINE STEUER AUF ALLE TREIBHAUSGASEMISSIONEN.

Treibhausgase, Luftschadstoffe und andere Umweltbelastungen führen neben allen anderen Schäden auch zu wirtschaftlichen Einbußen durch z. B. Produktionsausfälle, Ernteverluste oder Schäden an Gebäuden und Infrastruktur. Für viele dieser Schäden gibt es etablierte wissenschaftliche Methoden, um sie in Geldwerten auszudrücken. Das Umweltbundesamt (UBA) hat in der 2016 veröffentlichten Methodenkonvention 3.0 die Kosten durch Umweltbelastungen neu berechnet. Danach verursacht zum Beispiel die Emission einer Tonne Kohlendioxid (CO₂ äq.) Schäden von rund 180,- €. [2]

- In einem ersten Schritt im ersten Regierungsjahr beginnen wir mit einer deutlichen Anhebung der Kosten für CO₂-äq. – in ALLEN Bereichen: Verkehr, Wohnen, Landwirtschaft,

Verkehr, Energie und Industrie - mit 60,- € pro Tonne CO₂-äq.

- Dabei sind die bereits aktuell erhobenen „Ökosteuern und -abgaben“ einzubeziehen bzw. zu verrechnen. Z.B. Öko-Strom wird somit erheblich billiger.

- Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss innerhalb der nächsten vier Jahre auf die laut UBA erforderlichen 180,- € pro Tonne CO₂-Äquivalent erhöht werden, mit Hilfen bei der Umstellung für übermäßig stark betroffene Industrien wie z.B. Stahl und Zement.

- Danach wird der Betrag jährlich geprüft und angemessen angepasst an die jeweils erreichten und noch offenen Ziele (2030) – gegebenenfalls weiter erhöht.

- Der Reinerlös wird als jährliches Pro-Kopf-Geld (unabhängig von Sozialleistungen) an die Bevölkerung rückerstattet, um die zu belohnen, die klimabewusst leben und übermäßig Betroffenen die Umstellung zu erleichtern. In ländlichen bis kleinstädtischen Raumtypen erhöht sich das Energiegeld um eine Regionalkomponente als Zuschlag mit einem festem Betrag je Erwachsenen, die durch den Mehraufwand für längere Wegstrecken und den weniger guten ÖPNV sowie schlechtere Ausgangslage bei der Energiestruktur als in Metropolen gerechtfertigt ist.

AUSSTIEG AUS FOSSILEN ENERGIETRÄGERN

In der Energiezeugung lässt sich mit vertretbarem Aufwand schnell viel erreichen, daher haben die folgenden Umsetzungen höchste Priorität. STICHWORTE: Kohleausstieg bis 2030, Löschung der freiwerdenden CO₂-Zertifikate aus dem Europäischen Emissionshandel (ETS), Beendigung aller direkte und indirekte Subventionen für fossile Energieträger, Einbauverbot für neue fossile Heizungen und Umstiegsprogramme, keine neuen Importverträge fossiler Energieträger und die bestehenden schnellstmöglich rechtssicher beenden.

AUSBAU ERNEUERBARE

Der aus verschiedenen wirtschaftlichen wie oft auch politischen Interessen ins Stocken geratene Ausbau der EE muss umgehend wieder hochgefahren werden. Zur Erreichung der Ziele ist es notwendig, ab sofort jährlich in einer Größenordnung von 7 Gigawatt Onshore-Windkraft und mindestens 15 Gigawatt Photovoltaik neu zu installieren und das Ausbauziel für Offshore-Windkraft im Rahmen der ökologischen Tragfähigkeit um 5 Gigawatt zu erhöhen. Das entspricht jährlich +50 TWh mehr. Damit ist 2038 der Ausbau auf die erforderlichen 1.100 TWh erreicht. Die restlichen 800 TWh werden eingespart, wenn Wasserstoff und PtL im Volumen von 300 TWh/a importiert werden.

Weitere STICHWORTE:

Die von der EU beschlossenen Regeln für eine dezentrale Bürger*innen-Energie müssen umgehend umgesetzt werden (kleinteilige Erzeugung und Nutzung von EE inklusive des Aufbaus sinnvoller Wärmenetze).

- Wiederherstellung wirtschaftlicher Einspeisevergütungen, Beschleunigung der Genehmigungsverfahren und eines angemessener, sinnvoll geplanter Netzausbaus. Weg mit

dem Deckel beim Ausbau der Wind- und Solarenergie, mit dem Ausschreibungszwang bei Wind- Onshore, der Abgabenbelastung des Strom-Eigenverbrauchs, der EEG-Umlage auf den Eigenverbrauch (Sonnensteuer) und den überzogenen pauschalen Abstandsregelungen von Windanlagen.

- Sinnvolle Vergütungsmodelle für Weiterbetrieb und Repowering unumgänglich.
- Schnellstmögliche Beschränkung der Strom-Subventionierung für die energieintensive Industrie auf den energieintensiven Prozess.
- Ausbildungsoffensive für alle erforderlichen Berufe im Klimaschutz- und EE-Bereich.
- Ende der Bürokratie für kleine Einspeiser und Antragssteller.

ENERGIEEINSPARUNG ELEKTROGERÄTE

Was an Energie eingespart werden kann, muss nicht erzeugt werden, das Potential ist noch lange nicht erschöpft. STICHWORTE:

- Sinnvolle Umstellung der Haushaltsgeräte in den nächsten fünf Jahren mittels eines subventionierten Tauschprogramms auf den Stand A+++
- Innovationswettbewerb durch Einführung des ‚Top Runner‘-Prinzips (siehe Japan): das umweltfreundlichste Produkt am Markt wird zum Standard erhoben, der innerhalb einer bestimmten Frist erreicht werden muss. Produkte, die dies nicht schaffen, verschwinden.

ENERGIEEINSPARUNG WÄRME

Neubauten von Bund, Ländern oder Kommunen sind ab sofort nach dem Passivhaus-Standard (Gebäuderichtlinie der EU: „Niedrigstenergiegebäude“) zu errichten. Bei privaten Neubauten ist dieser Standard schnellstmöglich vorzuschreiben.[3]

Weitere STICHWORTE: Sanierung öffentlicher Gebäude und jährlich von 5 % des gesamten Gebäudebestands auf einen dem Passivhaus-Standard nahekommenden Energieverbrauch (mindestens KfW Effizienzhaus 40) durch entsprechende Förderung, Ersatz aller fossilen Heizungen durch alternative Heizungssystem wie z.B. durch Nahwärmenetze, Wärmepumpen mit Effizienzgrad deutlich größer als 3 zu ersetzen, Unterstützung durch Solarthermie.

MOBILITÄTSWENDE

Notwendig sind nicht nur CO₂-freie Technologien und klimafreundliche Infrastrukturen, sondern auch vorrangig ein kultureller Wandel, für eine ökologisch und sozial gerechte Verkehrswende. Wir brauchen weniger Autos, weniger MIV, weniger LKW auf den Straßen und somit weniger Straßen, wir brauchen eine andere Mobilität. „Der Verkehr in Deutschland kostet die Allgemeinheit 149.000.000.000 € (149 Milliarden in 2017). ... Zu den externen Kosten zählen alle negativen Auswirkungen der Mobilität, für die nicht die Verkehrsteilnehmer selbst bezahlen. Darunter verstehen die Studienautoren etwa Kosten, die durch Klima und Umweltschäden entstehen, oder durch die Folgen von Unfällen.“ [4]

Der Bundesverkehrswegeplan muss entsprechend umgestaltet werden, so dass öffentliche Mittel

auf den Ausbau klimaverträglicher Mobilität konzentriert werden. Für die nächsten zehn Jahre

144 ist zudem ein Moratorium für den Aus- und Neubau neuer Fernstraßen und Flughäfen
 145 erforderlich. Der Ausbau des Bahnnetzes muss massiv vorangetrieben werden, um Taktfrequenz
 146 und Zuverlässigkeit zu steigern und die Verlagerung des Güterverkehrs zu ermöglichen. Die
 147 künftige Bebauungsplanung gibt dem ÖPNV, dem Fuß- und Radverkehr Vorrang. Der
 Rechtsrahmen
 148 für städtische Mobilität und bei der Parkraumbewirtschaftung muss entsprechend angepasst
 149 werden.

150 **Weitere STICHWORTE:**

- 151 • Elektrifizierung aller noch nicht elektrifizierten Bahnstrecken bzw. Umstellung auf
 152 Betrieb mit Akku-, Wasserstoff- oder Brennstofffahrzeuge. Anpassung des Trassenpreises
 153 auf Schienen an die entsprechenden Gebühren auf der Straße und in der Luft, hier nach
 154 unten oder dort nach oben, 365,- €-Jahres-Tickets in den Nahverkehrs-Tarifgebieten,
 155 mittelfristig- nach dem entsprechenden Ausbau der Kapazitäten – Umstellung auf einen
 156 kostenlosen Nahverkehr, Aufbau eines Nachtzug-Netzes in ganz Europa, schneller Ausbau
 157 der Schienenkapazitäten.
- 158 • Ende des Dienstwagenprivilegs, Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf
 159 Landstraßen und 30 km/h in geschlossenen Ortschaften, LKW-Maut künftig auf allen
 160 Straßen, Elektrifizierung von Autobahnabschnitten, Einfahrverbot für Diesel-LKW in die
 161 Städte, hier wird mit Wasserstoff oder Batterie gefahren.
- 162 • Ab 2025 keine Neuzulassung mehr für Kraftfahrzeuge, die mit fossilen Treibstoffen
 163 fahren.
- 164 • Verteuerung der Inlandflüge sowie Flüge unter 800 km ins benachbarte Ausland –
 165 inklusive Zubringerflüge – auf mindestens den regulären Bahnfahrkartenpreis ohne
 166 Ermäßigung, Ersatz bis spätestens 2025 durch den Ausbau entsprechender schneller
 167 Zugverbindungen. Beendigung jeglicher Subventionen, auch der indirekten, von Flughäfen
 168 oder Fluggesellschaften. Umstellung des verbliebenen Flugverkehrs bis 2035 auf EE-
 169 Kerosin, Wasserstoff oder andere Treibhausgas-freie Alternativen.
- 170 • Verbot von Schwerölantrieben in der Schifffahrt, die deutsche Häfen nutzt, und
 171 Umrüstung auf andere Antriebsarten sowie Katalysatoren und/oder Filter mit einer
 172 machbaren Übergangsfrist. Der restliche Schiffsverkehr muss bis 2035 auf EE-
 173 Treibstoffe Wasserstoff oder andere Treibhausgas-freie Alternativen sowie bei Fahren
 174 auf Batteriebetrieb umgestellt werden. Ausrüstung der Anlegeplätze mit
 175 Stromanschlüssen.

176 **LANDWIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND UMBAUEN**

177 Landwirtschaftliche und vor allem ungenutzte Böden können als Kohlenstoffsinken zur
 178 Bewältigung der Klimakrise beitragen. Die Übernutzung der Böden durch die Agrarindustrie
 179 macht unsere Landwirtschaft zum CO₂-äq.-Emittenten.[5], [6] Wir brauchen daher einen
 180 schnellen Umbau unserer Landwirtschaft, weg von der Übernutzung und wertevernichtenden
 181 Ausbeutung zu einem ausgeglichenen Kreislauf. Das Düngerecht ist sofort EU-rechtskonform
 und
 182 ambitioniert zu reformieren und vor allem streng zu kontrollieren und Verstöße spürbar zu
 183 ahnden. Wir werden keine Landwirtschaft auf organischen Böden mehr zulassen [7], Moore
 184 werden wir wieder vernässen und ein Humusmonitoring einführen, ehemalige Moore aus
 185 Ackerflächen renaturieren.

186 **Weitere STICHWORTE:** Bindung der künftig gezahlten Agrarsubventionen an die Einhaltung
 von
 187 strengen Umwelt- und Klimaschutzleistungen, deutliche Verringerung des Fleischkonsum (vor
 188 allem Rind- und Schafffleisch), aber auch des Konsums von Milchprodukten, deutliche Reduktion
 189 der Tierbestände durch eine Einschränkung der Massentierhaltung, besonders in den
 190 viehintensiven Regionen, keine Zulassung neuer gewerblicher Tiermastanlagen (Überdüngung
 191 durch die Abfälle![7]), Subventionierung von vegetarischen und veganen Gerichten in
 192 öffentlichen Einrichtungen, Förderung lokaler Genossenschaften und regionaler
 193 Erzeugermärkte.

194 **DEN WALD RETTEN UND ZUM KLIMASCHUTZ VERWENDEN**

195 Ähnliches gilt auch – wie der richtige Namen schon zeigt – für die „Forstwirtschaft“.
 196 Naturnahe Wälder und Moore sind Kohlenstoffsinken zur Bewältigung der Klimakrise. Aber
 197 Abholzung für Landnutzungsänderungen und die Belastung durch den Klimawandel machen
 auch die
 198 Forstwirtschaft zum CO₂-Emittenten. Die deutsche Regierung wird umgehend eine Koalition der
 199 Industrienationen schmieden, welche die noch vorhandenen Regenwälder mit Zustimmung der
 200 beteiligten Regierung unter dauerhaften Schutz stellt, dort ein Wiederaufforstungsprogramm
 201 finanziert, in die Sicherstellung der Artenvielfalt investiert, den Schutz der indigenen
 202 Völker sichert und so in diesen Regionen Tausende neuer Arbeitsplätze schafft.

203 **Weitere STICHWORTE:** Auflegung eines naturgerechten Aufforstungsprogramm, Umbau
 naturferner
 204 Fichten- und Kiefernplantagen zu natürlichen, heimischen Mischwäldern, Einfrieren und
 205 schnellstmöglich Beendung aller Handels-Abkommen mit Drittländern, in denen weiter illegal
 206 Regenwald abgeholzt wird.

207 **TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG**

208 Bei der fortschreitenden Digitalisierung, in der Industrie, in den Haushalten aber auch bei
 209 selbstfahrenden Autos ist der benötigte Energiebedarf zu berücksichtigen und möglichst zu
 210 minimieren. Energieeinsparung geht dabei VOR Komfort. Alle neuen Technologien (z.B.
 211 Gentechnik, Informationstechnik, Mobilfunk, Robotik, etc.) sind vor Einführung auf ihre
 212 Auswirkung auf die Einhaltung des 1,5 °C-Ziels, die Gesundheit der Bevölkerung und die Natur
 213 zu untersuchen (Vorsorgeprinzip).

214 **WIRTSCHAFT**

215 Wir Deutschen müssen unseren CO₂-Fußabdruck um mehr als 80 % von ca. 10 t/Jahr (BMU
 2018)
 216 und Person auf 2 t/Jahr und Person, den für die Erde verträglichen Fußabdruck aller
 217 Menschen, verringern. Wir verbrauchen auch mehr als dreimal so viele Rohstoffe, wie uns der
 218 Planet im Jahr zur Verfügung stellt. Wo bleibt da noch Spielraum für Wachstum, abgesehen
 219 vielleicht von kleinen Nischen?
 220 Diese Dimension im Versagen unseres Wirtschaftssystems muss zu einer anderen
 221 Wirtschaftsweise führen. Wir müssen unseren Verbrauch in allen Bereichen verringern und
 222 unser Wohlbefinden nicht mehr vom materiellen Wachstum abhängig machen. Wir wollen
 deshalb

223 die auf Gewinnmaximierung und Wachstum fixierte Wirtschaftsweise in Richtung
 224 Gemeinwohlökonomie umbauen.

225 **INDUSTRIE**

226 Professor Manfred Fischedick, Vizepräsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt,
 227 Energie: „Durch optimierte Prozesse und mehr Energieeffizienz kann die Industrie nur noch
 228 maximal ein Viertel der Treibhausgase sparen. Um richtig voranzukommen, braucht sie also
 229 völlig neuartige Ansätze.“ Betroffen sind in Deutschland vor allem: Eisen- und Stahl,
 230 Raffinerien, Zement, Chemie, Aluminium, Glas und Keramik, Kalk und Papier. Ambitionierte
 231 Betriebe verringern ihren CO₂-äq.-Ausstoß demnach jährlich um 1,7 Prozent – nötig seien aber
 232 2,6 Prozent Minus. Die Industrie insgesamt hat 2018 rund 196 Millionen Tonnen CO₂-äq.
 233 ausgestoßen, weniger als im Jahr 2000, aber etwas mehr als 2010. [8] Der Umbau der Industrie
 234 muss so unterstützt werden, dass in der Summe möglichst keine Arbeitsplätze vernichtet
 235 werden.

236 **Weitere STICHWORTE:** Investitionsprogramm „Dekarbonisierung“ (Grüner Wasserstoff),
 Verwendung
 237 von CO₂ nach Abtrennung als Rohstoff, schnellstmögliche drastische Verschärfung der
 238 Grenzwerte für Luftschadstoffe von Industrieanlagen, die CO₂ ausstoßen (z.B. Quecksilber aus
 239 Kohlekraftwerken).

240 **HANDEL UND FINANZEN**

241 Die Klima-Auswirkungen des Handels, vor allem des Internethandels müssen stark verringert
 242 werden. Die Verlagerung „unserer“ CO₂-Emissionen ins Ausland durch die (oft durch die
 243 Billiglohnstruktur bedingte) Auslagerung der Produktion in Billigländer muss wieder
 244 Deutschland zugerechnet werden. Dies gilt auch für die durch die Digitalisierung
 245 verbrauchten Gigawattstunden Serverleistungen.

246 **Weitere STICHWORTE:**

- 247 • Verbilligung von Sammelauslieferung und nicht „umgehend zu liefernde“ Sendungen
 248 zulasten Einzelsendungen und Schnelllieferungen
- 249 • Schnellstmöglicher Ausstieg aller Geldanlagen öffentlicher Kassen aus Investment bei
 250 Staaten und Unternehmen mit unethischem/klimaschädlichem Verhalten (z.B.
 251 Kinderarbeit,
 Waffen, Nichtbeachtung der ILO-Normen, Kohle-, Öl-, Gasindustrie, Kernenergie, etc.)
- 252 • Kündigung aller Freihandelsverträge, die ungleiche Bedingungen für die Vertragsstaaten
 253 beinhalten und einer demokratischen Kontrolle entzogen sind.

254 **RÜSTUNG UND MILITÄR**

255 „Das US-Militär verursacht mehr Treibhausgase als die meisten mittelgroße Länder“ [9]. .
 256 Rüstung und Militär sind unproduktive und damit für den Klimanotstand schädliche
 257 Energiefresser. Daher ist keine – wie gefordert – Erhöhung des Militärhaushaltes geboten,
 258 sondern eine deutliche Senkung! Die notwendigen Friedensarbeiten werden wir durch
 259 gewaltfreie Alternativen voranbringen, die gesparten Haushaltsmittel in den
 260 Entwicklungshilfe-Haushalt umschichten, zur Investition in klimaschützende Maßnahmen.

261 **FINANZIERUNG: GRÜNE NULL STATT SCHWARZER NULL**

262 Das dringend erforderliche, aber unabdingbare Klimaschutzprogramm inkl. Umbau der
Wirtschaft
263 und Schaffung neuer Arbeitsplätze ist nicht aus der Portokasse finanzierbar. Der US-
264 Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders rechnet bezogen auf die USA mit 16,3 Billionen US-\$
265 für 10 Jahre (das entspricht pro Jahr 1.500 Milliarden €).[10] Für Deutschland wäre dies
266 eine Größenordnung von ca. 380 Milliarden € pro Jahr. Die von der Bundesregierung jetzt
267 eingeplanten 54 Milliarden bis 2030 sind dagegen ein „Tropfen auf den heißen (!) Stein“. Die
268 im Moment (und auch mittelfristig noch zu erwartenden) Null- bzw. Minuszinsen ermöglichen
269 eine nahezu neutrale Finanzierung. An jedem Euro, den die Regierung ausleiht, verdient (!)
270 sie aktuell inflationsbereinigt ca. 2%. (Stand Sommer 2019).

271 **SOFORTPROGRAMM ZUR BESCHLEUNIGUNG DES KLIMASCHUTZES**

272 In einen möglicherweise anstehenden Koalitionsvertrag wird verbindlich festgelegt, dass
273 bereits im ersten Jahr massiv mit der Umsetzung des Handlungsplanes für das
274 Klimaschutzprogramm begonnen und bei regelmäßiger Überprüfung der Fortschritte
275 gegebenenfalls jährlich nachgebessert wird. Es wird ein Sofortprogramm festgeschrieben, das
276 den Ausbau der Sonnen- und Windenergienutzung, von Strom- und Wärmespeichern, die
Anpassung
277 des Netzausbaus, den Umbau des Verkehrs, die Sanierung des Gebäudebestandes inkl. Heizung
278 sowie ein den Klimazielen angepasstes Ernährungsprogramm anschiebt.

279 **Nur ein radikaler Umbau unserer Gesellschaft wird ein Erreichen der vertraglichen**
Ziele von
280 **Paris ermöglichen. Robert Habeck`s „Radikal ist das neue realistisch“ trifft genau**
den
281 **Punkt.**

282 [1] [https://www.greenpeace.de/presse/presseerklarungen/200-millionen-klimafluchtlinge-bis-](https://www.greenpeace.de/presse/presseerklarungen/200-millionen-klimafluchtlinge-bis-2040)
283 [2040](https://www.greenpeace.de/presse/presseerklarungen/200-millionen-klimafluchtlinge-bis-2040)

284 [2] [https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-](https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-unterlassenen-umweltschutz)
285 [unterlassenen-umweltschutz](https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-unterlassenen-umweltschutz)

286 [3] <https://www.hamburg.de/energieeffizientes-bauen/6943798/baukostenanalyse/>

287 [4] [https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-08/verkehrsstudie-strassenverkehr-folgekosten-](https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-08/verkehrsstudie-strassenverkehr-folgekosten-umweltschutz-auswirkungen)
288 [umweltschutz-auswirkungen](https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-08/verkehrsstudie-strassenverkehr-folgekosten-umweltschutz-auswirkungen)

289 [5] Genauer: auch zum N2O- und Methan-Emittenten, N2O hat ca. die 300-fache Klimawirkung,
290 Methan ca. die 25-fache. [https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-](https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/die-treibhausgase)
291 [energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/die-treibhausgase](https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/die-treibhausgase)

292 [6] https://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/Landwirtschaft_als_Klimafaktor

293 [7] Böden mit einem hohen Anteil organischer Kohlenstoffverbindungen speichern 30 bis 50
294 Prozent des gesamten Bodenkohlenstoffs der Erde

295 [8] [https://www.aktiv-online.de/news/klimawandel-so-will-die-industrie-treibhausgase-](https://www.aktiv-online.de/news/klimawandel-so-will-die-industrie-treibhausgase-reduzieren-3690)
296 [reduzieren-3690](https://www.aktiv-online.de/news/klimawandel-so-will-die-industrie-treibhausgase-reduzieren-3690)

297 [9] B90/Die Grünen: Die Umwelt am Limit, Oktober 2019, S. 17

298 [10] <https://www.reuters.com/article/us-usa-election-sanders-climate/bernie-sanders-proposes-16-3-trillion-green-new-deal-plan-idUSKCN1VC15L>]

Begründung

Die Gro-Ko-Regierung hat mit ihrem angeblichen Plan zur Klimarettung vom 20.9.2019 ihr Versagen eindrucksvoll demonstriert. Zur Ablösung dieser Politik muss ein sofort umsetzbarer Plan vorliegen, der umgehend nach der Einigung auf eine neue Regierungskoalition umgesetzt werden kann. Gehen die Grünen in eine neue Regierung, so sind diese Forderung die Basis der Verhandlung. Letztlich werden SIE gebraucht, um die vertraglich von den Vorgängerregierungen verbindlich zugesagten Vertragsverpflichtungen einzuhalten. Wir Grünen können in Koalitionsverhandlungen daher nur unsere Zustimmung geben, wenn das Gesamtpaket unsere vertraglichen Ziele (Paris!) erreichbar macht.

Ziel ist es, die grüne Politiklinie für die nächsten Jahre (hoffentlich in der Regierung!) festzuschreiben. Dabei muss eine radikale Umsteuerung erfolgen, sollen die (auch von Deutschland völkerrechtlich verpflichtend!) gesetzten Klimaziele erreicht werden. Das wird ehrlicherweise nicht ohne Verzicht von uns allen gelingen. Das müssen wir den Wähler*innen offen sagen und der Großteil unserer Wähler*innen erwartet dies auch von uns. Es ist besser wir „verprellen“ jetzt 5 % unserer potentiellen Wähler*innen, als dass wir in der Regierung genauso scheitern wie die bisherigen Regierungsparteien und nach wenigen Jahren genauso abstürzen wie diese. Allerdings soll der Beschluss Grüne Mandatsträger nicht in der Art festlegen, dass sie nur dann (auch in Bundesländern übrigens) in eine Regierungsbeteiligung gehen, wenn das skizzierte Programm Regierungslinie wird. Auch wenn wir mit der Physik der Klimakrise nun mal keine Kompromisse schließen können, werden wir nicht umhinkönnen, Kompromisse in der Politik aufgrund der Mehrheitslage schließen zu müssen. Die Abwägung, wo genau der vertretbare Kompromiss liegt zwischen anzustrebenden Zielen und erreichbaren Möglichkeiten müssen die jeweiligen Parteiorgane letztendlich entscheiden.

Die Beschlussvorlage ist bewusst kurzgehalten, es soll keine Doktorarbeit zum Klimaschutz oder einzelnen Lösungspfaden werden oder Altbekanntes und Selbstverständliches wiederholen, sondern ein verständliches Festschreiben der wichtigsten Leitlinien und des Weges in Richtung des 1,5°-Ziels darstellen. Details werden ohnehin im Koalitionsvertrag und den Regierungsvereinbarungen festgeschrieben, WIR müssen den Rahmen dafür festlegen.

Wir – wie auch unsere Wähler*innen – haben verstanden, dass ohne massive Einschnitte in unserem Alltag die notwendigen Ziele nicht erreichbar sind. Strafzahlungen an die EU wegen der Nicht-Einhaltung unserer Vertragsverpflichtungen sind besser in Klimaschutzmaßnahmen investiert! Und mit der „Klimadividende“ zahlen wir alle(!) Mehreinnahmen pro Kopf an alle Bürger*innen zurück: Wer also klimabewusst lebt, hat mehr im Portemonnaie, die Nicht-Einsichtigen und unbelehrbaren Klimabelaster*innen zahlen drauf.

Bei Kriegseintritt in den 2. Weltkrieg haben die USA innerhalb von neun Monaten die gesamte Industrieproduktion auf Rüstungsproduktion umgestellt, im „New Deal“. Warum sollte uns dies nicht für die viel größere Herausforderung des Klimanotstandes gelingen?

Weitere Quellen:

<https://fridaysforfuture.de/forderungen/>

Klimakrise: Was jetzt getan werden muss, Handlungsprogramm der Umweltverbände für effektiven Klimaschutz

<https://www.reuters.com/article/us-usa-election-sanders-climate/bernie-sanders-proposes-16-3-trillion-green-new-deal-plan-idUSKCN1VC15L>

<http://www.bund-rvso.de/eingriffsregelung-ausgleichsmassnahmen-oekokonto.html>

<https://wissenwiki.de/Passivhaus>

https://www.deutschlandfunk.de/klimawandel-wir-duerfen-keine-neuen-strassen-bauen.694.de.html?dram:article_id=424933

<https://www.boell.de/de/2018/10/16/missing-pathways-15degc-die-bedeutung-des-landsektors-fuer-ambitionierte-klimapolitik>

<https://www.zeit.de/2019/33/gruene-grundsatzprogramm-klimaschutz-tierschutz-robert-habeck>

<https://taz.de/Nachhaltigkeit-und-Klimapolitik/!5609132/>

[https://de.wikipedia.org/wiki/Lenkungsabgabe_\(Schweiz\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Lenkungsabgabe_(Schweiz))

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-4>

weitere Antragsteller*innen

Dietmar Rieth (Südwestpfalz KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Hartwig Berger (Berlin-Charlottenberg/Wilmersdorf KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Dirk Paul Finkeldey (Aurich-Norden KV); Jürgen Janssen (Wesermarsch KV); Elisabeth Özge (Wilhelmshaven KV); Christian Stawinsky (Oberberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Tabitha Elkins (Alzey-Worms KV); Sira Berkhan (Karlsruhe-Land KV); Kajo Aicher (Bodenseekreis KV); Kathrin Weisser (Karlsruhe-Land KV); Ralph Urban (Herzogtum Lauenburg KV); Elke Struzena (Fürstfeldbruck KV); Benedict Wieters (Köln KV); sowie 14 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.